

# Sand im Getriebe 151

## Ergänzende Artikel und Hinweise

SiG 151 „Langstreckenrennen“ ist am 29. Juni 2023 erschienen:

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-151-langstreckenrennen>

Zur Vertiefung und Aktualisierung einiger Themen in SiG 151 veröffentlichen wir weitere Beiträge.

Die SiG-Redaktion, 29. Juli 2023

### Inhaltsverzeichnis

<b>Frieden</b> .....	2
NATO-Gipfel.....	2
Hiroshima- / Nagasaki-Gedenktage am 6. und 9. August.....	2
Bernhard Trautvetter Gegen die nukleare Bedrohung gemeinsam vorgehen.....	3
Heinz Bierbaum und Michael Brie: Die Linke und der interimperiale Krieg.....	3
Keine Streumunition für die Ukraine!.....	4
Zeitung gegen den Krieg Nr. 54 zum Antikriegstag 2023.....	7
Deutschland ist faktisch Kriegspartei.....	8
acTVism Munich Max Blumenthal vor dem UN-Sicherheitsrat zur Ukraine-Hilfe.....	8
Flyer zur Friedensmahnwache in Kassel.....	8
Falsche Fernseh-Schlagzeilen zum aufgekündigten Getreide-Deal.....	8
Informationsstelle Militarisierung (IMI) Aufbruch in einen militärisch-universitären Komplex?..	9
Informationsstelle Militarisierung und Naturfreunde: Factsheet: Klima und Militär.....	9
Attac Bundesarbeitsgruppe Globalisierung und Krieg, Newsletter Nr 4 2023.....	9
<b>Handels- und Investitionsverträge</b> .....	10
Konferenz am 17. Juli 2023 in Brüssel.....	10
Der "Gipfel der Völker" parallel zum Celac-EU-Gipfel in Brüssel.....	10
EU verfehlt auf dem Gipfel mit den Celac-Ländern das Thema.....	10
German Foreign Policy: Das Brics-Bündnis als Alternative.....	10
Powershift.....	11
<a href="https://stopeumercosur.org/">https://stopeumercosur.org/</a> : Weitere Links.....	11
<b>Palästina</b> .....	12
BIP-Aktuell #268: Jenin: Drohungen und Versprechungen.....	12
Zu einem demokratischen Stil zurückkehren.....	12
<b>Grundrechte</b> .....	13
Assange.....	13
KI und Demokratie – Fünf Erkenntnisse vom Digital Democracy Summit.....	13
Die US-Rechte verbannt immer mehr Bücher aus Schulen.....	14
IALANA: Vorstellung des Buches „20 Jahre Whistleblower-Preis. Was wurde aus den Preisträger:innen und ihren Enthüllungen?“.....	15
<b>Europa</b> .....	16
Asylrecht.....	16
Frankreich.....	18
Internationaler Aufruf: "We are water defending itself!".....	18
<b>Hinweise</b> .....	19
Winfried Wolf.....	19
Die globalE - Filmfestival in Leipzig 3. August 2023 – 31. Oktober2023.....	19

# Frieden

## NATO-Gipfel

### **IMI-Standpunkt 2023/027: NATO-Gipfel in Vilnius**

[...] Wortlaut der [Abschlussklärung](#), dem alle Mitgliedsstaaten zugestimmt haben [...]: „wir verpflichten uns dazu, jährlich mindestens 2 Prozent des BIP für die Verteidigung auszugeben“, dies sei erforderlich, um „die neuen NATO-Verteidigungspläne und das Streitkräftenmodell mit Ressourcen auszustatten.“ (Ziffer 27) Zwar wird kein konkretes Jahr genannt, vermutlich soll die neue Regelung aber wohl bereits 2024 gelten – womöglich mit gewissen Übergangsfristen für Länder, die besonders drastische Erhöhungen schultern müssen. Jedenfalls ist relativ klar, dass es sich hier nun um eine verbindliche Untergrenze handeln soll: „[...] Für manche Länder wird das zu erheblichen Mehrausgaben für das Militär führen.“ ([Süddeutsche Zeitung](#), 11.07.2023)

Dabei ist es wichtig, sich immer wieder vor Augen zu führen, wie verharmlosend 2 % des BIP angesichts der Dimensionen klingen, um die es hier tatsächlich geht. Tatsächlich redet man hier im deutschen Fall von Militärausgaben in Höhe von rund 20 % des gesamten Haushaltes (siehe [IMI-Standpunkt](#) 2023/025). [...]

In Deutschland werden kommendes Jahr wohl erstmals die 2 % des BIP erreicht – allerdings nur durch die Entnahme von 19,2 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen. Wenn dieser Schuldentopf spätestens 2026 aufgebraucht ist, wird auch hierzulande das NATO-Ausgabenziel nur durch eine massive Kürzung des Sozialhaushaltes erreichbar sein (siehe [IMI-Standpunkt](#) 2023/025).

Kein Wunder fordern interessierte Kreise hierzulande bereits jetzt, Vorbereitungen auf die anstehenden Debatten zu treffen. Im führenden deutschen Militärmagazin hieß es schon vor dem NATO-Gipfel, man stehe vor der Wahl, „entweder die Kürzung sozialer Leistungen oder das Scheitern der Zeitenwende für die Bundeswehr.“ ([Europäische Sicherheit & Technik](#), 4.7.2023) [...]

## **Hiroshima- / Nagasaki-Gedenktage am 6. und 9. August**

Vor 78 Jahren wurde am 6. August 1945 die japanische Stadt Hiroshima Ziel des ersten Atombombenabwurfs. Drei Tage später, am 9. August, wurde auch die Stadt Nagasaki getroffen. Etwa 92.000 Menschen starben sofort, 130.000 weitere Menschen starben bis zum Jahresende an den Folgeschäden. Zum Gedenken an die Opfer und als Mahnung finden landes- und weltweit Veranstaltungen statt.

Übersichtsseite der Friedenskooperative : <https://www.friedenskooperative.de/hiroshimatag2023>

Hinweise der SiG-Redaktion:

1. **ICAN- Publikation:** Eine neue Atomwaffe: Die B61-12 kommt nach Europa  
Dieses kurze Hintergrundpapier informiert über die moderne B61-12-Bombe und ihre Bedeutung für die nukleare Teilhabe. <https://www.icanw.de/publikationen/hintergrund/>  
Darüber hinausgehende Informationen finden Sie [hier](#)
2. **Kampagne** [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)
3. <https://www.ialana.de/arbeitsfelder/abc-waffen>
4. <https://www.ippnw.de/atomwaffen.html>

## **Bernhard Trautvetter**

### **Gegen die nukleare Bedrohung gemeinsam vorgehen**

[...] Im Sommer 2022 [warnte UN-Generalsekretär Guterres](#) in der Sitzung zur Überprüfung des von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien am 1. Juli 1968 unterzeichneten Atomwaffensperrvertrages: „Die Menschheit ist nur ein Missverständnis, eine Fehlkalkulation von ihrer nuklearen Auslöschung entfernt.“ [...] Hier geht es darum, über die doppelten Standards und selektiven Methoden der Strategischen Kommunikation der NATO-Lobby zu informieren. Und darüber, dass die Politik der Eskalation der Spannungen auf beiden Seiten neben dem menschlichen Leid auch eine ökologische und soziale Katastrophe, die die Menschheit weiter um Möglichkeiten bringt, die Zukunftsgefährdungen abzuwenden, im Gegenteil heizt diese Politik die ökologische Katastrophe in einer Zeit weiter an, in der das Gegenteil ein Gebot der Überlebenserfordernisse der Zivilisation ist.

Schlimmer noch: Diese Propaganda und Politik blendet aus, dass die USA längst schon in die Richtung eines Krieges mit der dritten Atommacht auf der Erde – China – arbeitet, wie das Dokument des US-Kongresses zur „Renewed Great Power Competition“, zuletzt im Mai 2013 aktualisiert, zeigt. [...] <https://www.nachdenkseiten.de/?p=101808>

## **Heinz Bierbaum und Michael Brie:**

### **Die Linke und der interimperiale Krieg**

**Wie ist der Ukraine-Krieg einzuschätzen und was folgt daraus für linke Politik und Forderungen? Ein Gastbeitrag von Heinz Bierbaum und Michael Brie**

[...] Mittlerweile ist unübersehbar: Der Krieg in der Ukraine ist ein Krieg zwischen zwei Imperien – dem von der USA geführten Westen und Russland. Es ist ein interimperialer Krieg auf dem Boden der Ukraine, verwandelt in ein Schlachthaus der Soldaten beider Seiten. [...]

Die Linke muss im Anschluss an Rosa Luxemburg Kriege immer von einem Klassenstandpunkt aus betrachten: Wem nützt er? Die arbeitenden Klassen sind die Opfer. Ihresgleichen wird auf dem Schlachtfeld gemordet und ihre Lebensbedingungen verschlechtern sich dramatisch. Es sind nicht die Oligarchen, die den Preis bezahlen, sondern die Masse der Bevölkerung – in der Ukraine, in Russland und weit darüber hinaus. [...]

Die Lieferung immer mehr und schwerer Waffen stellt eine bedrohliche und möglicherweise nicht mehr beherrschbare Eskalation dieses imperialistischen Krieges dar. Die Losung linker Politik kann nur heißen: Sofort die Waffen nieder! Der erste Schritt muss ein unverzüglicher Waffenstillstand ohne jede weitere Vorbedingung sein. Es geht um einen Waffenstillstand, der durch die UNO und neutrale Staaten kontrolliert wird. Im zweiten Schritt müssen Verhandlungen geführt werden, um nach einem Ausgleich der Interessen *aller* kriegsführenden und am Krieg beteiligten Staaten zu suchen, wobei an die bisherigen Abkommen wie z.B. zum Getreideabkommen angeknüpft werden kann. Zu unterstützen sind die diplomatischen Initiativen, wie sie jüngst von den afrikanischen Staaten., aber zuvor schon von Brasilien und auch China unternommen worden sind. Die Vorstellung, dass dies zu einem Zustand wie vor dem Krieg führen kann, sind unrealistisch. Drittens braucht es der Arbeit an einem übergreifenden System gemeinsamer Sicherheit unter Einschluss Russlands. [...]

Allerdings hat die Linke Europas es bislang versäumt, ihre Forderung nach einem alternativen kollektiven Sicherheitskonzept für Europa substantiell auszuarbeiten. Die Forderung nach einer strategische Autonomie Europas muss von links besetzt werden. [...]

Die Linke sollte die Initiative ergreifen, eine europaweite Debatte über ein Konzept kollektiver Sicherheit für Europa und die an Europa angrenzenden Regionen zu führen. Der Europawahlkampf ist eine ausgezeichnete Möglichkeit dafür. [...]

<https://die-zukunft.eu/die-linke-und-der-interimperiale-krieg/>

## **Keine Streumunition für die Ukraine!**

### **1. Presseinformation der "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!"**

Berlin, 11. Juli 2023

#### **Keine Streumunition für Ukraine!**

#### **Bundesregierung muss sich gegen Lieferung und Einsatz aussprechen!**

„Die Pläne der USA, international geächtete Streumunition an die Ukraine zu liefern sowie der beabsichtigte Einsatz durch die ukrainische Armee, müssen von der Bundesregierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden. Die USA und die Ukraine sowie Russland sind dem Übereinkommen über Streumunition (CCM) zwar nicht beigetreten, aber das humanitäre Völkerrecht verbietet Waffen, die unterschiedslos Kämpfer als auch Zivilist:innen treffen. Außerdem werden die Blindgänger praktisch zu Landminen, die noch Jahre und Jahrzehnte später zu Verstümmelungen oder dem Tod vollkommen Unbeteiligter führen können. Da Deutschland jedoch Vertragsstaat ist, müssen künftige Waffenlieferungen im Rahmen von Artikel 51 der UN-Charta für die Ukraine daraufhin überprüft werden, ob mit diesen die dann gelieferte Streumunition eingesetzt werden kann. Denn Deutschland darf als Unterzeichner der sogenannten „Oslo-Konvention“ den Einsatz von Streumunition nicht unterstützen. Dazu zählt auch die Lieferung von geeigneten Abschussvorrichtungen oder Trägersystemen, wie z. B. Panzerhaubitzen“, sagt Susanne Weipert, Koordinatorin „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.

„Es muss sogar bezweifelt werden, dass die Ukraine diese Munition ausschließlich gegen russische Truppen und in nicht bewohnten Gebieten einsetzt. Denn laut einem [UN-Bericht](#) haben sowohl die Ukraine als auch Russland im vergangenen Jahr Streumunition in von Zivilist:innen bewohnten Gebieten eingesetzt. Das humanitäre Völkerrecht gilt auch für die Ukraine. Verbrechen Russlands entbinden die Ukraine nicht von ihren internationalen Verpflichtungen.“, so Jürgen Grässlin, Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Bundessprecher der DFG-VK und ergänzt: „Dieser Krieg zeigt einmal mehr, dass es keine guten oder gerechten Kriege gibt, denn die Leidtragenden sind immer unschuldige Zivilist:innen sowie Soldaten, denen das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung verwehrt wird – wohlgermerkt auf beiden Seiten. Die Bundesregierung muss sich dafür starkmachen, dass sowohl Russland als auch die Ukraine und die USA dem Übereinkommen über Streumunition (CCM) beitreten“. [...]

**Trägerorganisationen der Kampagne:** Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V. (AGDF) • aktion hoffnung Rottenburg-Stuttgart e. V. • Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR • Brot für die Welt – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung • Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) • Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) • Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e. V. (IPPNW) Deutschland • NaturFreunde Deutschlands • Netzwerk Friedenskooperative • Internationale katholische Friedensbewegung pax christi – Deutsche Sektion • JuristInnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) Deutsche Sektion • Ohne Rüstung Leben (ORL) • Deutsche Franziskanerprovinz • RüstungsInformationsBüro (RIB e. V.) • terre des hommes – Hilfe für Kinder in Not • Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (WfGA)

Mehr: <https://aufschrei-waffenhandel.de/service/pressemitteilungen/2023/11072023-keine-streumunition-fuer-ukraine>

## 2. Presseinformation des Bundesausschusses Friedensratschlag, 10. Juli 2023

### **Streubomben im Ukraine-Krieg**

[...] Die Lieferung von völkerrechtlich geächteter Streumunition an die Ukraine und dessen Rechtfertigung durch Bundespräsident Steinmeier stellt einen weiteren Tiefpunkt von Doppelmoral und Doppelzüngigkeit der deutschen Politik dar. Es ist grotesk, einerseits an der bisherigen Position der Bundesregierung zur Ablehnung der Streumunition festzuhalten, aber gleichzeitig eine totale Unterwürfigkeit gegenüber den USA zu zeigen, mit den Worten, dass „Deutschland in der gegenwärtigen Situation den USA nicht in den Arm fallen“ könne.

Streumunition stellt nicht nur eine Eskalation von kriegerischem Terror gegen die Zivilbevölkerung dar, sondern wird in der Ukraine zur großflächigen Verseuchung von dort besonders wertvollem Ackerland führen, das auch für die globale Ernährungssicherheit relevant ist.

Damit wird eine Reihe von Rechtfertigungen für Kriegsverbrechen eskaliert, die bereits seit längerem signifikant sind. Erst in der jüngsten Zeit wurde völlig verharmlost, welche Konsequenzen die Lieferung von Uranmunition durch Nato-Staaten an die Ukraine beim direkten Einsatz im Kriegsgebiet hat. Nachweislich wurde aber im Mai ein großes Munitionsdepot im Westen der Ukraine durch eine russische Rakete zerstört, bei der große Mengen Radioaktivität freigesetzt wurden.

Es ist beängstigend, dass mittlerweile auch Forderungen laut werden, die Ukraine nuklear zu bewaffnen, womit ein globaler Atomkrieg kaum noch zu verhindern wäre.

**Der Bundesausschuss Friedensratschlag ruft deshalb dazu auf, den am 6. August anstehenden Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima zum Appell gegen alle völkerrechtlich geächteten zivilen Massenvernichtungswaffen einzusetzen.**

## 3. Gewerkschaftslinker Berlin: Eine rote Linie nach der anderen kippt!

*Aus dem Aufruf zur Mahnwache gegen US-Streubomben an die Ukraine am 20. Juli in Berlin*

[...] **Am 7. Juli gab Präsident Joe Biden nach wochenlangen Spekulationen seine Entscheidung bekannt: Die USA werden der Ukraine die gewünschte Streumunition liefern.** In einem Interview mit dem Fernsehsender CNN sagte Biden, der Beschluss sei mit den Bündnispartnern abgestimmt. Der US-Präsident nannte offen den Grund für seine Entscheidung: »Der Ukraine geht die Munition aus«! Diese harmlos klingende Aussage verrät einiges. Zum einen war wohl die Intensität der westlich unterstützten Kriegsführung in der Ukraine so hoch, dass dadurch die gesamten westlichen Munitionsreserven aufgezehrt wurden. Zum anderen ist zu befürchten, dass Streubomben als Ersatz für herkömmliche Munition besonders massiv und flächendeckend eingesetzt werden. Die Verminung ganzer Landstriche nicht zuletzt durch die russischen Truppen ist schon extrem schlimm. Mit dem breiten Einsatz von Streubomben, die wegen ihrer verheerenden Wirkung auf die zivilen Strukturen nahe der Schwelle taktischer Atomwaffen eingestuft und geächtet werden, ist es der Westen, der eine neue Stufe der brutaler Kriegseskalation lostritt.

*123 Staaten der Welt haben den Einsatz von Streubomben in einem internationalen Vertrag ausgeschlossen und ihre Produktion, aber auch die Weitergabe und Duldung verboten und sich verpflichtet, gegen den Einsatz dieser Waffen vorzugehen. Deutschland hat federführend mit dem heutigen Bundespräsidenten Steinmeier als Außenminister diesen Verbotsvertrag ausgehandelt. Die aktuellen Reaktionen aus Berlin zur Ankündigung der USA sind aber nun, sehr moderat ausgedrückt, kleinlaut und opportunistisch. Die USA, die Ukraine und Russland fallen nicht unter die Vertragsbindung. Aber sogar Bidens Sicherheitsberater Jake Sullivan gab auf der Pressekonferenz im Weißen Haus zu, man wisse, dass von Streumunition ein Risiko ausgehe, dass Zivilist:innen zu Schaden kommen könnten.*

Irmgard Schuster kommentiert die Haltung der Bundesregierung so: "Deutschland schweigt zu Lieferungen von geächteter Streumunition von den USA an die Ukraine. Offenbar gut vorbereitet, denn die Munition liegt bereits in Europa, eingeflogen über die Air Base Ramstein? Was nutzt eine Unterschrift, Streumunition nicht zu nutzen, wenn man unkommentiert zulässt, dass unser wichtigster Verbündeter USA und der Staat, den wir mit Millionen und Waffen unterstützen, sie im Krieg einsetzt?"

### **Wer Streubomben in einem Land einsetzt, dem ist das Wohl der dort lebenden Bevölkerung maximal gleichgültig!**

Was ist eigentlich Streumunition? Man nimmt eine handelsübliche 500-Kilo-Bombe, packt dort 145 kleine Bomben hinein. Im Flug platzt die Bombe auf und verteilt sich auf eine Fläche von 150 x 60 Metern (Daten zur britischen Bombe BL755). Da lebt dann nichts mehr. Ein Teppich von 1-Kilo-Bomben vernichtet alles in einem noch größeren Umkreis – da sind erhebliche zivile Verluste unvermeidlich. Inzwischen haben die USA heute viel effektivere und wirkungsvollere Streubomben. Die konventionelle Tötungsmaschinerie wurde perfektioniert. "Eine einzige Clusterbombe deckt einen Bereich von minimal 120.000 m<sup>2</sup> und maximal 240.000 m<sup>2</sup> ab! Das ist ein Geländebereich von 240 m Breite mal 1000 m Länge! Ich bin mir nicht sicher, ob die Fantasie der meisten hier ausreicht, sich diesen Todesregen vorzustellen!" (Cornelia Warnke, 12. Juli 2023)

Blindgänger gibt es ebenfalls in Massen. Nach vorliegenden Erfahrungen bis zu 30 Prozent. Diese "Blindgänger" bleiben noch jahrzehntelang gefährlich. Nicht explodierte Sprengkörper aus Streubomben, die die USA vor Jahrzehnten in Vietnam, Laos und Kambodscha und später im Irakkrieg und in Serbien gemeinsam mit der Nato eingesetzt hatten, fordern nach wie vor jährlich Hunderte Todes- und Verstümmelungsoffer unter der Zivilbevölkerung der betroffenen Länder. Humanitäre Hilfsorganisationen rechnen mit bis zu weiteren 50 Jahren bis zur vollständigen Räumung dieser Munition. **Darum sind diese konventionellen Massenvernichtungswaffen geächtet, weil die Gefahren und Grausamkeiten für die Zivilbevölkerung maximal sind.**

### **Kriegsverbrechen auf allen Seiten des Militarismus und Kriegsgeschehens!**

Die Eskalation von Grausamkeiten, Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen wird von **allen** Kriegsparteien auf die Spitze getrieben und auf den Schlachtfeldern der Ukraine ausgetragen. Die Streubomben der USA werden aus der Ukraine für Jahrzehnte ein verseuchtes Land machen! Alle Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass die USA nicht vor einem **massenhaften** Einsatz solcher Waffen zurückscheuen [2] [3]. Die Verletzungen der sich in die Knochen von Menschen bohrenden Splitter und Nägel sind barbarisch. Es ist zynisch, hier noch von Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung zu sprechen. Es ist eine verlogene Moral: "Streubomben aus den USA sind gut und nützlich. Streubomben aus Russland böse und ein Verbrechen."

Die Kriegspropaganda eines großen Teils der Presse läuft auf Hochtouren. Schon letztes Jahr haben wir zur Debatte "[Gute Drohnen – Schlechte Drohnen](#)" geschrieben: "*Die von Drohnen zerfetzten Leiber von Menschen sind entsetzlich – **gleichermaßen** ob von Russland oder den USA eingesetzt. Nur haben die USA diese Art des Killings weltweit erst hoffähig gemacht.*" Was kommt als Nächstes? In der Diskussion sind bereits kontaminierte Uranmunition und Napalm. [...]

**Seien wir solidarisch mit den Menschen in der Ukraine! Verteidigen wir Menschenrecht! Kommt am 20. Juli 17:30 Uhr in Berlin, Pariser Platz, Brandenburger Tor zur Mahnwache! Gegen die Kriegseskalationsspirale mit Streubomben! Gegen den totalen Krieg! Weltweites Verbot von Streubomben!**

↑2 [Vietnam Folgen der US Kriegsverbrechen! Auch nach 47 Jahren Leiden ohne Ende](#)

↑3 [Hanoi vor 50 Jahren im Bombenhagel. Tödliche Weihnachtsgrüße aus den USA !](#)

<https://gewerkschaftliche-linke-berlin.de/mahnwache-gegen-us-streumunition/>

## **4. Deutschland hat das Streumunitions-Übereinkommen ratifiziert ... verletzt es aber:**

### **Osloer Anti-Streubomben-Konvention**

<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/204778/b0c132557a6c64ca67116f638d3be4a2/081203-abkommenstreumunition-data.pdf>

#### **Artikel 1: Allgemeine Verpflichtungen und Anwendungsbereich**

(1) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, unter keinen Umständen jemals

- a) Streumunition einzusetzen,
- b) Streumunition zu entwickeln, herzustellen, auf andere Weise zu erwerben, zu lagern, zurückzubehalten oder an irgendjemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben,
- c) irgendjemanden zu unterstützen, zu ermutigen oder zu veranlassen, Tätigkeiten vorzunehmen, die einem Vertragsstaat aufgrund dieses Übereinkommens verboten sind.

#### **Aus dem Auswärtigen Amt vor 2 Jahren, 15.07.2021:**

„Das Übereinkommen über Streumunition („Oslo-Übereinkommen“) ist ein völkerrechtlicher Vertrag zum Verbot des Einsatzes, der Entwicklung, der Herstellung, des Erwerbs, der Lagerung, der Zurückbehaltung und der Weitergabe von Streumunition. Er ist seit 1. August 2010 in Kraft.“

„Gefährlich ist Streumunition vor allem deshalb, da ein erheblicher Prozentsatz der Submunitionen nicht detoniert, sondern als Blindgänger vor Ort verbleibt und die Bevölkerung gefährdet. Submunitionen sind sensibel, sehr zahlreich und wegen ihrer geringen Größe schwer auffindbar. Zudem werden sie oft mit Spielzeug oder anderen Gegenständen verwechselt. Dadurch bringt Streumunition besonders die Zivilbevölkerung in Gefahr, nicht nur während des Einsatzes, sondern noch lange nach Beendigung eines militärischen Konflikts.“

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/sicherheitspolitik/abruestung-ruestungskontrolle/uebersicht-konvalles-node/streumunition-node>

#### **Da Deutschland die Osloer Anti-Streubomben-Konvention unterschrieben hat, darf es auch beim Einsatz von Streubomben nicht behilflich sein.**

Was sagt aber *jetzt* unsere Regierung?

"Wir sind uns sicher, dass sich unsere US-Freunde die Entscheidung über eine Lieferung entsprechender Munition nicht leicht gemacht haben.“

(so Regierungssprecher Steffen Hebestreit: [www.welt.de/politik/deutschland/article246272478/US-Plaene-Bundesregierung-signalisiert-Verstaendnis-fuer-Streumunition-Lieferung.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article246272478/US-Plaene-Bundesregierung-signalisiert-Verstaendnis-fuer-Streumunition-Lieferung.html) )

Frank-Walter Steinmeier: "Die Bundesregierung kann in der gegenwärtigen Situation den USA nicht in den Arm fallen."

[www.zdf.de/nachrichten/politik/zdf-sommerinterview-steinmeier-streubomben-ukraine-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/politik/zdf-sommerinterview-steinmeier-streubomben-ukraine-100.html)

(SiG-Redaktion nach Zuschriften, 18.7.2023)

## **Zeitung gegen den Krieg Nr. 54 zum Antikriegstag 2023**

<https://zeitung-gegen-den-krieg.de/> Themen:

Ukraine-Krieg: Einführung Waffenstillstand und Verhandlungen / Globaler Süden: Friedenspläne für die Ukraine / Gewerkschaften: Historisches und aktuelles Ringen für den Frieden  
Bundeshaushalt: massiv steigende Militärausgaben / Atomuhr: 90 Sekunden vor 12 /  
Fluchtbewegungen: „Asylkompromiss“ für Abschottung der EU /  
UNO-Charta: Historische und aktuelle Bedeutung

## Deutschland ist faktisch Kriegspartei

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages gehen mit Blick auf die massive militärische Unterstützung der Ukraine durch den Westen der Frage nach, wann ein Staat zur Konfliktpartei wird. Nimmt man die Kriterien der WD ernst, ist Deutschland mit den NATO-Verbündeten angesichts der massiven Waffenlieferungen sowie den militärischen Ausbildungsprogrammen zur Verbesserung der Schlagkraft der ukrainischen Armee und kontinuierlichen nachrichtendienstlichen Informationen für die Kriegsführung Kiews inzwischen Kriegspartei, schlussfolgert **Sevim Dagdelen**, die die Untersuchung beauftragt hat.

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=100789#more-100789>

### acTVism Munich

#### Max Blumenthal vor dem UN-Sicherheitsrat zur Ukraine-Hilfe

Max Blumenthal von The Grayzone spricht vor dem UN-Sicherheitsrat über die Rolle der US-Militärhilfe für die Ukraine bei der Eskalation des Konflikts mit Russland und die wahren Motive hinter Washingtons Unterstützung für Kiews Stellvertreterkrieg. Dieses Video wurde von The Grayzone produziert und am 26. Juni 2023 auf deren YouTube-Kanal veröffentlicht. Wir haben es ins Deutsche übersetzt und veröffentlichen es heute erneut, um zur Meinungsbildung zu diesem Thema in Deutschland und weltweit beizutragen. <https://www.youtube.com/watch?v=hXPlgEcxoy0>

## Flyer zur Friedensmahnwache in Kassel

„Stellungsgewinne“ im Ukraine-Krieg

Wie viele Tote, wie viel Hunger, Leid und Elend noch?

[https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user\\_upload/Gruppen/Kassel/2023\\_Flyer\\_Friedensmahnwache\\_Juni.pdf](https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/Gruppen/Kassel/2023_Flyer_Friedensmahnwache_Juni.pdf)

## Falsche Fernseh-Schlagzeilen zum aufgekündigten Getreide-Deal

Helmut Scheben / Oft gaukeln Schlagzeilen etwas vor, was in der Nachricht korrigiert wird. Ein Beispiel lieferten ARD, ZDF und die «ZEIT».

Die Schlagzeilen der ARD-Tagesschau und der «ZEIT-online» waren am 23. Juli identisch: „China drängt Russland zu neuem Getreidedeal“.

Die Schlagzeile des ZDF lautete: „Getreidedeal: China drängt Russland zu Lösung“  
Berichtet wurde, dass der stellvertretende UN-Botschafter Chinas, Geng Shuang, im UN-Sicherheitsrat den Ausstieg Russlands aus dem Deal verurteilt habe. Laut ARD sei «*Russland von seinem Verbündeten China unter Druck gesetzt worden, eine weltweite Nahrungsmittelkrise abzuwenden.*» Auch laut ZDF «*ist Russland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen von seinem Verbündeten China [...] unter Druck gesetzt worden, eine weltweite Nahrungsmittelkrise abzuwenden.*».

Diese und andere Schlagzeilen erweckten den Eindruck, China vollziehe eine Kehrtwende und sei im Begriff, sich von Putin zu distanzieren. [...] Tatsächlich verbreitete die AP folgende Schlagzeile: «*Russia came under pressure (...) from its ally China.*».

Viele Menschen lesen nur die Schlagzeilen, die dann häufig meinungsbildend sind. Doch die zitierten Überschriften behaupteten etwas anderes, als die nachfolgenden Meldungen aussagten.



Nur wer die Meldungen des ZDF, der ARD oder der «ZEIT» bis zum Schluss las, erfuhr mit Erstaunen, dass Geng Shuang etwas anderes sagte, als der Titel nahelegte. Er drängte laut «ZEIT» nämlich darauf, «sicherzustellen, dass sowohl ukrainisches Getreide als auch russische Lebensmittel und Düngemittel auf die Weltmärkte gelangen.» Er hoffe, dass Russland und die Vereinten Nationen zusammenarbeiten würden, um die Exporte wieder aufzunehmen.

Im Bericht von ARD-online konnte man dann lesen, «[...] Geng verwies auf die Zusage des UN-Generalsekretärs António Guterres, alles zu tun, um sicherzustellen, dass sowohl ukrainisches Getreide als auch russische Lebensmittel und Düngemittel auf die Weltmärkte gelangen.»

Russland macht für die Freigabe ukrainischer Exporte zur Bedingung, dass es selber Getreide und Düngemittel ungehindert exportieren kann. Das sahen die beiden Abkommen von Istanbul vor. Wenn China verlangt, dass auch Russland Weizen und Düngemittel ungehindert exportieren kann, ist dies mit der russischen Position identisch. Deshalb treffen die Schlagzeilen nicht zu, dass China eine Position gegen Russland eingenommen habe.

Der chinesische Fernsehsender CGTN verbreitete die – korrektere – Schlagzeile: «China fordert baldige Wiederaufnahme der Getreide-Exporte von Russland und Ukraine».

<https://www.infosperber.ch/medien/medienkritik/falsche-fernseh-schlagzeilen-zum-aufgekuendigten-getreide-deal/>

## **Informationsstelle Militarisierung (IMI) Aufbruch in einen militärisch-universitären Komplex?**

**Chris Hüppmeier und Robin Lenz | Veröffentlicht am: 10. Juli 2023**

Das militaristische Zeitenwenden-Programm der Bundesregierung setzt nicht nur materiell ungeahnte Kräfte frei und beschert den deutschen Rüstungsriesen auf lange Sicht Rekordprofite, es wurde darüber hinaus auch als gesamtgesellschaftliche ‚mentale‘ oder ‚geistige‘ Zeitenwende proklamiert. Wie aktuelle Umfragen zeigen, will sich diese mentale Wende in den Köpfen allerdings noch nicht so recht einstellen. Im Gegensatz dazu scheinen die Eliten in den deutschen Universitäten und in der Wissenschaft ihre Rolle in dieser Zeitenwende bereits angenommen zu haben: Sie formieren sich für eine wissenschaftspolitische Zeitenwende, die sich sämtlicher Schranken zwischen ziviler und militärischer Forschung entledigen will. Damit ordnen sie sich dem neuen Führungsanspruch Deutschlands in der Welt unter, der seit einigen Jahren in den Kreisen der Sicherheitspolitik vorbereitet und immer selbstbewusster erhoben wird. Dieser Führungsanspruch soll nunmehr wissenschaftlich unterfüttert werden. Die damit verbundene Verschränkung wissenschaftlicher Expertise mit nationalen Machtbestrebungen ist keineswegs neu, sondern eine Kontinuität in der Geschichte deutscher Wissenschaft und Universitäten. [...]

<https://www.imi-online.de/2023/07/10/wissenschaft-und-krieg/>

## **Informationsstelle Militarisierung und Naturfreunde: Factsheet: Klima und Militär**

(4 Seiten) [https://www.imi-online.de/download/Klima\\_Factsheet\\_2023\\_web.pdf](https://www.imi-online.de/download/Klima_Factsheet_2023_web.pdf)

## **Attac Bundesarbeitsgruppe Globalisierung und Krieg, Newsletter Nr 4 2023**

[https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user\\_upload/AGs/Globalisierung\\_und\\_Krieg/Newsletter/2023-07-15\\_Newsletter\\_Nr4\\_BAG\\_GuK.pdf](https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/Globalisierung_und_Krieg/Newsletter/2023-07-15_Newsletter_Nr4_BAG_GuK.pdf)

# Handels- und Investitionsverträge

## Konferenz am 17. Juli 2023 in Brüssel

Konferenz im Europäischen Parlament - Stoppt die EU-Mercosur-Abkommen, EU-Chile EU-Mexiko-Abkommen - Für eine neue Handelsbeziehung zwischen der EU und Lateinamerika im 21. Jahrhundert

<https://www.collectifstopptafta.org/accord-ue-mercosur/article/direct-conference-au-parlement-europeen-stop-aux-accords-ue-mercosur-ue-chili>

## Der "Gipfel der Völker" parallel zum Celac-EU-Gipfel in Brüssel

<https://amerika21.de/2023/07/264979/gipfel-der-voelker-bruessel-eu-celac>

## EU verfehlt auf dem Gipfel mit den Celac-Ländern das Thema

Lateinamerika mit klaren Vorschlägen zu einer biregionalen Kooperation, EU will Manövriermasse gegen Russland und "Global Gateway". Celac betont Entwicklung und gerechte Wirtschaftsbeziehungen.

<https://amerika21.de/2023/07/264986/eu-gipfel-celac-ergebnisse>

"Dass sich der Blick der EU wieder mehr in Richtung Lateinamerika richtet, liegt auch am Konfrontationskurs gegenüber Russland und China. Um das Engagement besonders der Volksrepublik zu kontern, sollen im Rahmen der EU-Initiative »Global Gateway« Investitionen in Höhe von bis zu Milliarden US-Dollar in »grüne« Projekte in Lateinamerika und Afrika fließen – eine Antwort auf das chinesische Infrastrukturprojekt »Belt and Road Initiative«."

-> [www.jungewelt.de/artikel/454992.beziehungen-zu-lateinamerika-gipfel-mit-konfliktpotential.html](http://www.jungewelt.de/artikel/454992.beziehungen-zu-lateinamerika-gipfel-mit-konfliktpotential.html)

## German Foreign Policy: Das Brics-Bündnis als Alternative

(Eigener Bericht, 17. Juli 2023) – Vor dem heute beginnenden Gipfel der EU mit Lateinamerika bemühen sich mehrere dortige Staaten um ein Gegengewicht zum Westen und bauen ihre Zusammenarbeit mit dem BRICS-Bündnis aus.

Berlin und Brüssel wollen den Gipfel nutzen, um stärkeren Zugriff auf Rohstoffe für die Energiewende zu erlangen, über die Lateinamerika in großen Mengen verfügt. Zudem versuchen sie, den lateinamerikanischen Zusammenschluss CELAC gegen Russland in Stellung zu bringen. Die CELAC, die sich gegen die Anmaßungen der EU seit Wochen entschlossen zur Wehr setzt, hat in den vergangenen Tagen die Forderung nach einer Bitte um Entschuldigung für die Verbrechen der Kolonialzeit und nach Entschädigung auf die Tagesordnung gesetzt; allerdings gilt als schwer vorstellbar, dass die EU sich darauf einlässt. Auf der Suche nach einem Gegengewicht gegen den Druck der EU und des Westens ist Argentinien um eine Mitgliedschaft im BRICS-Bündnis bemüht,

dessen Wirtschaftsleistung inzwischen diejenige der G7 übertrifft; Uruguay ist der BRICS-Bank beigetreten, Honduras strebt es an. Kürzlich hat der Außenminister der Demokratischen Republik Kongo gefordert, die BRICS sollten „eine neue internationale Ordnung schaffen“.  
Weiterlesen <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9299>

## **Powershift**

Das Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten: Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay ist nach wie vor nicht unterzeichnet worden. Es gibt Streit über ein Zusatzdokument zu Wald- und Klimaschutz. Gleichzeitig wachsen die Zweifel an dem Abkommen in Europa und dem Mercosur. Die Mercosur-Staaten befürchten, dass sie nur als Rohstoffexporteure dienen sollen. In Europa wird das Abkommen von den Parlamenten Österreichs, der Niederlande, Walloniens und der Region Brüssel sowie von der französischen Regierung weitgehend abgelehnt. Sie befürchten negative Auswirkungen auf den Agrarsektor ihrer Länder und eine weitere Verschärfung des Drucks auf die Bäuerinnen und Bauern. Die deutsche Bundesregierung schweigt und will sich nicht positionieren. Unser Ziel ist es, dass auch Deutschland dieses Abkommen ablehnt und damit einen Dominoeffekt auslöst, der weitere Staaten mitreißt. Dazu müssen noch mehr Menschen von dem Abkommen und seinen verheerenden Folgen erfahren und sich dagegen aussprechen.

Mehr: <https://stopeumercosur.org/>, <https://www.gerechter-welthandel.org/material/mercotur/>

### **<https://stopeumercosur.org/> : Weitere Links**

- [Ende Legende: Fakten zum EU-Mercosur-Abkommen](#)
- [Powershift u.a.: Reiseführer: EU-Mercosur – voran in die \(Klima-\)Krise](#)
- [Powershift: Paraguay -Das vergessene Land des Mercosur](#)
- [Sammlung weiterer Publikationen zum EU-Mercosur Abkommen](#)
- [MISEREOR/Greenpeace/DKA: EU-Mercosur-Abkommen: Risiken für Klimaschutz und Menschenrechte](#)
- [Greenpeace: Hintergrund – Das EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen: Einordnung und Analyse des Verhandlungsdokuments vom 18. Juni 2020](#)
- [Greenpeace: Pestizide aus Deutschland in brasilianischem Obst](#)
- [PowerShift: Info Poster For Export Only](#)
- [Powershift: Studie – Mobilitätswende ausgebremst. Das EU-Mercosur Abkommen und die Autoindustrie](#)

# Palästina

## BIP-Aktuell #268: Jenin: Drohungen und Versprechungen

Berlin, 13. Juli 2023 - Warum hat Israel Jenin angegriffen?

Es gibt fünf Theorien, die zu erklären versuchen, warum Israel Anfang Juli 2023 Jenin angegriffen hat. Eine sorgfältige Analyse der Ereignisse zeigt, dass vier dieser Theorien nicht so überzeugen wie die fünfte, die sich auf Aussagen von Palästinensern in Jenin stützt, die den Angriff unmittelbar erlebt haben. <https://bip-jetzt.de/2023/07/15/bip-aktuell-268-jenin-drohungen-und-versprechungen/>

**European Coordination of Committees and Associations for Palestine (ECCP):**

" Es handelt sich um die größte Operation im Westjordanland in den letzten 20 Jahren. Gleichzeitig verhindern Soldat\*innen medizinische Hilfe. Journalist\*innen werden direkt angegriffen und am Betreten des Lagers gehindert. Weitere massive Kriegsverbrechen werden vor den Augen der Weltöffentlichkeit verübt.

Die israelische Propaganda sprach mit großer Nonchalance von "Maßnahmen gegen Terrorist\*innen und gegen den Iran" und davon, dass Israel die Stadt nicht "besetzen" wolle, obwohl Jenin, wie Ostjerusalem und alle palästinensischen Gebiete, seit 1967 besetzt ist. Angesichts der endlosen Gewalt der Besatzung, der Beschleunigung der Kolonisierung und des Landraubs, der regelmäßigen militärischen Übergriffe, der zunehmenden Gewalt der Siedler\*innen und des Fehlens jeglichen Schutzes für die Bevölkerung – sei es durch die Palästinensische Autonomiebehörde oder die internationale Gemeinschaft – entscheiden sich immer mehr junge Palästinenser\*innen dafür, ihre Familien und ihre Viertel mit Waffen zu verteidigen.(...) "

<https://www.eccpalestine.org/jenin-dringender-handlungsbedarf-erforderlich/>

## Zu einem demokratischen Stil zurückkehren

Angriffe gegen Wissenschaftlerin Asseburg gefährden demokratische Kultur

Die deutsche Sektion der internationalen Friedensbewegung pax christi befürchtet, dass eine freie Debatte über den Nahostkonflikt in Deutschland massiv eingeschränkt werden soll. Nach Vorwürfen des israelischen Botschafters in Berlin, Ron Prosor, gegen die renommierte Nahostexpertin Dr. Muriel Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), werden gegen die Wissenschaftlerin diskreditierende Angriffe geführt. Prosor warf ihr nach ihrem Interview im Internetkanal „JUNG&naiv“ über Twitter „Israelbashing und wilde Verschwörungsfantasien“ vor. Nun griff auch der Zentralrat der Juden in Deutschland die Wissenschaftlerin an und stellte gar ihre Anstellung infrage.

Die Friedensorganisation, die sich seit Jahren für die Anerkennung des Völkerrechts und der Menschenrechte im Nahostkonflikt einsetzt und mit israelischen Friedensorganisationen kooperiert, sieht in den Vorwürfen gegen Asseburg das Ziel, von der Politik der israelischen Regierung gegenüber den Pa-

lästinenser:innen abzulenken und Kritik an ihr als antisemitisch zu diffamieren. Dies gefährdet die demokratische Kultur in Deutschland.

Dass die Vertretung des israelischen Staates, dessen Regierung nun den ersten Schritt zur Entmachtung des Obersten Gerichtshofs vollzogen hat, sich einer kritischen Bewertung ihrer Politik nicht stellen möchte, ist einer Demokratie unwürdig. Noch unwürdiger ist allerdings der Versuch, Menschen, die begründet am Völkerrecht und an Menschenrechten festhalten, mundtot machen zu wollen. Und völlig unverständlich, wenn dies von deutschen Politiker:innen unterstützt wird.

pax christi fordert die Kritiker:innen auf, zur Sachdebatte und einem demokratischen Stil zurückzukehren, sich den Sachargumenten von Frau Asseburg zu stellen, die Mindeststandards für einen fairen demokratischen Diskurs, insbesondere in den digitalen Medien zu respektieren und sich ihrerseits für die Einhaltung des Internationalen Rechts einzusetzen.

<https://www.paxchristi.de/meldungen/view/5215268993236992/Zu%20einem%20demokratischen%20Stil%20zur%C3%BCckkehren>

# Grundrechte

## Assange

<https://www.pressenza.com/de/2023/07/konrad-wolf-preis-2023-an-julian-assange/>

## KI und Demokratie – Fünf Erkenntnisse vom Digital Democracy Summit

1. KI ist im Grunde (nur) das nächste menschengemachte Werkzeug, das sich sowohl für als auch gegen die Demokratie einsetzen lässt. Genauer: KI ist ein maschinengestütztes System, das auf Wahrscheinlichkeiten basierende Vorhersagen trifft. Sie kann verschiedene Muster erkennen, diese begünstigen oder eben als weniger wichtig bewerten. Die Verfahren dazu gibt es schon lange, was sich jetzt geändert hat, ist die Verfügbarkeit unendlich großer Mengen an Daten. Es wird schnell deutlich: KI ist keine objektive, rein mathematische Technik, sie spiegelt vielmehr unsere menschlichen Beziehungen wider, mit all den in ihnen innewohnenden Werten, aber auch Vorurteilen und Diskriminierungen. KI trifft Vorhersagen basierend auf der Vergangenheit. Das heißt: Wir können die Verantwortung für unsere Zukunft nicht in die Hände dieses digitalen Werkzeugs legen. Auch die Frage danach, wann es sinnvoll ist, KI einzusetzen und wann nicht, müssen wir in der Demokratie gemeinsam beantworten. Am Ende sollten wir auch sehr sensibel mit der Interpretation der Daten umgehen, die uns die KI liefert. Niemals dürfen wir sie als eine absolute Wahrheit behandeln.

2. KI muss reguliert werden

KI muss Grenzen gesetzt werden, damit sie unsere Demokratie nicht gefährdet. Besser gesagt, den Unternehmen, die die KI entwickeln. Konkret heißt das: Besonders sensible Daten dürfen nicht durch eine KI verarbeitet oder analysiert werden. Damit die KI nicht unsere Persönlichkeitsrechte, wie das Recht auf Privatsphäre, einschränkt. Der europäische “AI Act” (Artificial Intelligence Act) setzt genau hier an, lässt aber noch Flanken offen, die mindestens problematisch, wenn nicht sogar undemokratisch sind. (...)

3. KI als Gefahr für die Demokratie?

Neben den Gefahren für Datenschutz und Persönlichkeitsrechte innerhalb unserer Demokratien müssen wir uns bewusst machen, dass KI-Technologie von autokratischen Regimen benutzt wird, um ihre Macht zu konsolidieren und ihre Bevölkerung weiter zu unterdrücken. (...) Solange die großen Tech-Unternehmen sowohl die Macht über die Daten als auch über die Algorithmen haben, besteht immer die Gefahr, dass unsere Daten personalisiert ausgewertet und auch gegen die Demokratie als Ganzes eingesetzt werden. Wünschenswert wäre daher eine Demokratisierung der KI. Das bedeutet, die zugrundeliegenden Algorithmen sollten öffentlich und damit nachvollziehbar werden(...)

#### 4. KI von der Black zur White Box

(...) KI kann also ein wichtiges Hilfsmittel sein (und ist es auch schon), das wir heute schon nicht mehr verbieten können. Aber nur wenn wir das nötige Licht ins Dunkel bringen.

#### 5. Demokratie + KI = Demo-KI?

(..) Bisher herrscht aber Einigkeit, dass KI an sich niemals demokratische Legitimation ersetzen kann. Es ist ein Werkzeug, um im besten Fall gute Empfehlungen zu geben. Die finale Entscheidung sollte aber immer bei den Menschen liegen. KI kann etwa gute Datengrundlagen liefern zum Meinungsbild in der Bevölkerung, Lobbyismus und Machtstrukturen im Gesetzgebungsprozess aufzeigen und dadurch deren Einfluss beschränken. Oder neue Lösungsräume generieren, in denen verschiedene Meinungen zusammengebracht werden können. (...) Die KI würde hier Meinungs austausch strukturieren und organisieren, damit eine größere Vielzahl von Meinungen in Debatten auch tatsächlich vorkommen können.

<https://www.mehr-demokratie.de/nachrichten/einzelansicht/digital-democracy-summit-2023>

## **Die US-Rechte verbannt immer mehr Bücher aus Schulen**

Pascal Sigg / 16.07.2023

In den USA herrscht ein Buchverbotsfieber. Bestimmte Bücher werden aus Bibliotheken und dem Schulunterricht ausgeschlossen.

Immer öfter wollen US-Bundesstaaten die Bildung ideologisch kontrollieren und verbieten gewisse Bücher an Schulen und Bibliotheken. Dabei werden bestimmte Bücher aus Bibliotheken und dem Schulunterricht ausgeschlossen. Die Bücher sind zwar weiterhin auf dem freien Markt erhältlich, dürfen aber nicht mehr unterrichtet, vermittelt oder verliehen werden.

Für Aufsehen sorgte letztes Jahr eine Statistik von PEN America, einer Nichtregierungsorganisation, welche für Meinungsäusserungsfreiheit in der Literatur einsteht. In der ersten Hälfte des vergangenen Schuljahrs stellte PEN einen weiteren Anstieg der Anzahl Verbote fest, schrieb die Gruppe vor wenigen Wochen in einem Update.

Die Verbote würden von einer kleinen Minderheit angetrieben. Eine grossangelegte Umfrage von Ende März 2022 hatte nämlich ergeben, dass über 70 Prozent der Eltern derartige Verbote ablehnen und Bibliotheken unterstützen.

<https://www.infosperber.ch/bildung/die-us-rechte-verbannt-immer-mehr-buecher-aus-schulen/>

## **IALANA: Vorstellung des Buches „20 Jahre Whistleblower-Preis. Was wurde aus den Preisträger:innen und ihren Enthüllungen?“**

Hrsg. Gerhard Baisch, Hartmut Graßl, Bernd Hahnfeld und Angelika Hilbeck

**Samstag, 19. August 2023, 19:30 bis 21:30 Uhr**

**Bremen, Goetheplatz 4, „Goldener Saal“ der Villa Ichon**

Vorgestellt wird das Buch von **Prof. Wolfgang Däubler unter dem Thema „Whistleblower – Helden oder Verräter?“**. Anschließend ist eine Diskussion mit den Herausgeber:innen vorgesehen.

Eine Veranstaltung von IALANA Deutschland e.V. - Vereinigung für Friedensrecht, deutsche Sektion der IALANA - International Association of Lawyers against Nuclear Arms - gemeinsam mit der VDW – Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V., unterstützt vom Bremer Friedensforum.

Seit 1999 haben IALANA und VDW jeweils alle zwei Jahre herausragende Whistleblower:innen mit dem Whistleblower-Preis geehrt. Dadurch sollte ihnen öffentlich Anerkennung für ihr mutiges Handeln ausgesprochen und gezeigt werden, dass die Gesellschaft auf Menschen wie sie angewiesen ist, um geheim gehaltene Fehlentwicklungen und Missstände zu erkennen und um deren Behebung einzufordern oder anzugehen. Geehrt wurden insgesamt 18 Whistleblower:innen, u.a. Alexander Nikitin (nukleare Verseuchung des Nordmeers), Margrit Herbst (BSE-Skandal), Daniel Ellsberg (Pentagon-Papiere zum Vietnam-Krieg), Brigitte Heinisch (Altenpflagemängel), Liv Bode (Borna-Virus), Rainer Moormann (Kugelhaufen-Reaktor), Chelsea Manning (US-Kriegsverbrechen), Gilles-Eric Seralini (Gesundheitsgefahr durch Glyphosat), Edward J. Snowden (Prism), Can Dündar (Erdogan unterstützt IS mit Waffen) und Martin Porwoll (Krebsmedikamente ohne Wirkstoff).

Das Buch enthält selbständige Beiträge zu den einzelnen Preisträger:innen, meist mit Interviews und ergänzenden Darstellungen der Folgen ihres Whistleblowings. Es folgt eine Genese des Hinweisgeberschutz-Gesetzes, das Anfang Juli 2023 in Kraft getreten ist. Wolfgang Däubler wird darlegen, ob und inwieweit die neuen Regelungen Whistleblower:innen tatsächlich schützen können.

Das Buch eröffnet insbesondere durch die Interviews einen Blick auf die oft schweren Schicksale, welche die geehrten Whistleblower:innen nach ihrem Alarmgeben erlitten haben. Bewundernswert ist, dass fast alle ihr Handeln nicht bereuen, sondern wieder so handeln würden. Ihre Schilderungen legen auch bloß, an welchen Punkten der nötige Schutz erweitert werden muss.

Sie werden zu der Veranstaltung herzlich eingeladen. Sie können daran auch per Zoom teilnehmen. Bitte melden Sie sich dazu an unter:

[https://us02web.zoom.us/webinar/register/WN\\_JJLYiFZ-S-uxm-oQjredIA](https://us02web.zoom.us/webinar/register/WN_JJLYiFZ-S-uxm-oQjredIA).

# Europa

## Asylrecht

### 1. **Monitor: Flüchtlinge sterben lassen? Rekonstruktion einer Katastrophe**

29.06.2023

Hunderte Menschen starben, als ein völlig überfüllter Kutter mit Geflüchteten am 14. Juni vor Griechenland sank. Dabei wären 15 Stunden Zeit gewesen, die Katastrophe zu verhindern. Im Rahmen einer internationalen Recherche Kooperation mit "Lighthouse Reports", "Spiegel" und anderen Medien hat MONITOR den Fall recherchiert. Überlebende und Fachleute sprechen von einer "herbeigeführten Tragödie" - unter den Augen der griechischen Regierung und der EU.

<https://www.ardmediathek.de/sendung/monitor/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL21vbml0b3I>

### 2. Europäische Bürgerinitiative

#### **Artikel 4: Folter und unmenschliche Behandlungen an den europäischen Grenzen stoppen**

Bitte unterschreibt! [https://europa.eu/citizens-initiative/initiatives/details/2023/000001\\_de](https://europa.eu/citizens-initiative/initiatives/details/2023/000001_de)

Artikel 4 der EU-Charta der Grundrechte besagt: „Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.“

In den letzten Jahren ist die Gewalt gegen Migranten eskaliert, die mit dem europäischen Bewusstsein unvereinbar ist und in offenem Widerspruch zu den Grundprinzipien der EU steht. Die von Organisationen wie UNHCR, Amnesty International und Human Rights Watch erarbeiteten Berichte, diverse journalistische Recherchen sowie die zahlreichen Zeugenaussagen der Opfer sprechen von Folter, Vergewaltigung und Drohungen in den Internierungszentren in Libyen, einem Land, mit dem Italien Abkommen zur Ausreisekontrolle unterzeichnet hat. Die Berichte sprechen von extrem unwürdigen Bedingungen in den Lagern in Griechenland und Bosnien, in denen die Überbelegung, fehlende sanitäre Einrichtungen und mangelhafte Betreuung das Leben der Schwächsten gefährden sowie von der unverhältnismäßigen Anwendung von Gewalt und von wiederholtem Gewaltvorkommen gegen Asylsuchende durch die kroatische Polizei an der Grenze zu Serbien und Bosnien. Es wird von Fällen von illegaler Inhaftierung von Migranten in verschiedenen EU- oder von der EU-finanzierten Ländern berichtet sowie von gewaltsamen Zurückweisungen entlang aller europäischen Grenzen und der faktischen Aussetzung des Rechts, Asyl zu beantragen.

Diese EBI fordert eine Intervention der EU im Bereich Justiz, Freiheit, Sicherheit – gemäß Artikel 78 AEUV, der auf die politischen Verantwortlichkeiten bezüglich der Grenzkontrollen, des Asyls und der Einwanderung verweist. Ziel der Initiative ist es, diesen kontinuierlichen und wiederholten Verletzungen einer der Grundprinzipien der EU, wie es im Artikel 4 der Charta festgelegt ist, ein Ende zu setzen, damit der Schutz von Migranten oder Asylbewerbern gewährleistet werden kann

Mehr hier: <https://www.stopborderviolence.org/>



## **German Foreign Policy: Ab in die Wüste**

(Eigener Bericht, 18. Juli 2023) – Die EU belohnt die Deportation von Flüchtlingen durch tunesische Behörden in die Wüste und sagt Tunis Finanzhilfen im Wert von weit mehr als einer Milliarde Euro zu. Dies ist das Ergebnis eines Treffens von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie den Ministerpräsidentinnen Italiens, Giorgia Meloni, und der Niederlande, Mark Rutte, mit Tunesiens Präsident Kaïs Saïed am Sonntag in Tunis. Laut einer Übereinkunft, die beide Seiten unterzeichneten, stellt Brüssel Tunis unter anderem 105 Millionen Euro zur Flüchtlingsabwehr sowie Kredite von 900 Millionen Euro zur Verfügung, wenn Tunesien als Gegenleistung Flüchtlinge aus Europa fernhält. Während die EU und die tunesische Regierung in den vergangenen Wochen das Papier erarbeiteten, das Brüssel zufolge als Grundlage für eine „umfassende strategische Partnerschaft“ dienen soll, deportierten die tunesischen Behörden mehrere hundert Flüchtlinge in ein Wüstengebiet und setzten sie dort schutzlos aus. Die EU reagiert mit der Zusage der Finanzhilfen und macht sich damit, wie Amnesty International konstatiert, zur „Komplizin“ bei künftigen Verbrechen. Weitere Abkommen mit nordafrikanischen Staaten sollen folgen.

Weiterlesen: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9300>

## **Deal über Leichen: Neues Abkommen mit der EU: Millionen für Tunesien zur Abschottung der EU-Außengrenzen**

18.7.2023 - Wie wenig der EU und ihren Mitgliedstaaten an Menschenleben gelegen ist, hat sich am Sonntag in Tunis gezeigt. In der tunesischen Hauptstadt vereinbarten rechte bis ultrarechte Politiker von beiden Seiten des Mittelmeers – EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Regierungschefin Giorgia Meloni aus Italien, der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte und last, but not least der tunesische Präsident Kaïs Saïed – eine Absichtserklärung. Darin wird eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen »makroökonomische Stabilität, Handel und Investitionen, umweltfreundliche Energiewende, zwischenmenschliche Kontakte« skizziert sowie als letzter Punkt – und darum geht es hauptsächlich – die »Migration« genannt. Soll heißen: Die EU bezahlt Tunis dafür, abgeschobene Tunesier wieder aufzunehmen, qualifizierte Tunesier abwerben zu können und Schutzsuchende an der Überfahrt nach Europa zu hindern, mit welchen Mitteln auch immer. Dafür stellte Brüssel schon im Juni Finanzmittel in Höhe von bis zu 900 Millionen Euro in Form von langfristigen Darlehen in Aussicht und legte am Sonntag mit zwei weiteren Zuschüssen in Höhe von 105 und 150 Millionen Euro nach. Der größte Teil davon ist an »Reformen« und das Abrufen eines mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bereits ausgehandelten Kredits geknüpft.

<https://www.jungewelt.de/artikel/454850.abschottungspolitik-deal-%C3%BCber-leichen.html>

# Frankreich

## Frankreich, 5. Juli 2023: "Unser Land trauert und ist wütend" - [gemeinsame Erklärung](#) von Gewerkschaften, Verbänden (u. a. Attac Frankreich), Initiativen und politischen Gruppen

"Der Mord an Nahel, der in Nanterre von einem Polizisten aus nächster Nähe erschossen wurde, hat die Auswirkungen einer jahrzehntelangen diskriminierenden und sicherheitsorientierten Staatspolitik offengelegt, die vor allem auf die Arbeiterviertel und die dort aufwachsende Jugend und insbesondere auf rassistische und prekarierte Menschen abzielt. (...) Wir rufen zu Demonstrationen der Bürger:innen am Samstag, den 8. Juli, in ganz Frankreich und den Überseegebieten auf."

[Einige Übersetzungen](#) (Attac Frankreich / Françoise Vergès / Fatima Ouassak / Jacques Chastaing)

[Textsammlung](#) in französischer Sprache

(weitere Texte über Frankreich: <https://www.attac-netzwerk.de/arbeitsgruppen/pg-europa/startseite>)

## Internationaler Aufruf: "We are water defending itself!"

"Trotz des "Wasserkriegs" im bolivianischen Cochabamba im Jahr 2000, der Gegengipfel und der Anerkennung des Rechts auf Wasser durch die UNO im Jahr 2010 sind die Privatisierung und die Finanzialisierung des Wassers immer weiter vorangeschritten. Im Jahr 2020 ging das Wasser sogar an die Börse." (...) "Wir rufen (...) zu einer massiven internationalen Unterstützung des Kampfes um Wasser und gegen die Mega-Becken in Frankreich auf. Wir rufen dazu auf, die Unterdrückung der sozialen und ökologischen Bewegung durch die französische Regierung anzuprangern.

Unsere Unterstützung erstreckt sich auf alle, die weltweit gegen die Vereinnahmung, Privatisierung und Verschmutzung des Wassers und für seine gerechte Aufteilung und seinen Schutz als unveräußerliches Gemeingut kämpfen!

In diesem Sinne fordern wir daher auch die Einhaltung der UN-Erklärungen zu den Rechten indigener Völker (UNDRIP) und zu den Rechten von Bauern und anderen in ländlichen Gebieten arbeitenden Menschen (UNDROP)."

Gesamter Text und Liste der unterschreibenden Organisationen:

<https://framaforms.org/we-are-water-defending-itself-1680702671>

### More informations on the situation in France

- Call of support by the Earth's Uprisings, one of the organizer of the demonstration repressed the 25th of March (translated in 10 languages):  
<https://lessoulevementsdelaterre.org/en-eu/blog/nous-sommes-les-soulevements-de-la-terre>
- The website of "Bassines Non Merci", the local collective struggling against the projects of "mega-bassins" in France <https://bassinesnonmerci.fr/>

# Hinweise

## Winfried Wolf

NACHRUF AUF EINEN VISIONÄREN MAULWURF\_Winnie Wolf

<https://www.youtube.com/watch?v=iNPnb1RIU8U>

### SiG-Artikel von Winfried Wolf

Winfried Wolf: **30 Stunden Woche**: Ein strategisches Projekt, SiG 34

Winfried Wolf: **Stoppt den Börsenwahn** – keine Heuschreckenbahn! (2006), SiG 51

Winfried Wolf: 12 Argumente gegen den Bahn-Börsengang (2006), SiG 54

Winfried Wolf: Das Modell »Volksaktien-Bahn« ist keine Alternative zur Bahnprivatisierung (2007), SiG 61

**Stuttgart 21** - Winfried Wolf Rede: Oben bleiben! Fakten auf den Tisch (2010), SiG 86

Winfried Wolf: Schwere Niederlage der S21-Gegner (2010), SiG 87

Winfried Wolf: Automarkt weltweit heftig umkämpft (2004), SiG 38

Winfried Wolf: Globalisierung und Tempowahn (2007), SiG 63

Winfried Wolf: Handstreich gegen das Recht (2008) , SiG 65

Winfried Wolf: EuropaVerkehrswende – JETZT! (2009) , SiG 75

Winfried Wolf: Chiffre 68: Eine globale Revolte und ihre Bilanz (2008), SiG 69

Winfried Wolf: Zwei Wege aus der Krise (2010), SiG 82

Rosa-Luxemburg-Stiftung / Winfried Wolf zur November-Revolution (2018), SiG 130

## Die globaLE - Filmfestival in Leipzig

### 3. August 2023 – 31. Oktober 2023

Die globaLE ist ein politisches Filmfestival in Leipzig, welches an verschiedenen Orten übers Stadtgebiet verteilt jedes Jahr über mehrere Monate stattfindet. Wir nutzen Film als Medium, um die weltweiten Zusammenhänge und Auswirkungen kapitalistischer Ökonomie zu dokumentieren, aber auch um den Widerstand gegen Ausbeutung und Ausgrenzung zu zeigen und wie Menschen ihren Mut, ihre Würde und ihre Hoffnung nicht verlieren.

Wir wollen aber nicht nur Filme zeigen, informieren und diskutieren, sondern die Reihe soll vor allem auch dazu anregen selbst aktiv zu werden für eine friedlichere, solidarische und gerechte Welt jenseits kapitalistischer Verwertungsmechanismen.

<http://www.globale-leipzig.de/>

Programm: [https://www.globale-leipzig.de/?page\\_id=1467](https://www.globale-leipzig.de/?page_id=1467)